Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

MGEPA Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

Herrn Landrat
Hans- Jürgen Petrauschke
Rhein-Kreis-Neuss
Kreishaus
41513 Grevenbroich

19. Oktober 2015 / 26.10.

Sehr geehrter Herr Landrat,

in Ihrem Brief vom 7. September 2015 berichten Sie über eine Kreistagssitzung am 03.09.2015 und die dort von der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen geäußerte Sorge, traumatisierte Flüchtlinge erhielten keine ausreichende psychotherapeutische Unterstützung.

Es ist in der Tat bisher noch nicht gelungen, eine umfassende psychotherapeutische Versorgung sicherzustellen. Dies gilt nicht nur für die Menschen, die bei uns Asyl suchen, sondern auch für die bisherige Versorgung z.B. der inländischen Bevölkerung mit Migrationsgeschichte.

In allen Bundesländern haben wir in diesem Bereich grundsätzliche Versorgungsprobleme, an deren Lösung in NRW aber sehr intensiv gearbeitet wird. Die grundlegenden Rahmenbedingungen für die gesundheitliche Versorgung werden aber durch den Bund gesetzt, Land und Kommunen können nur partiell aus eigener Kompetenz handeln.

Gleichzeitig bitte ich in Bezug auf die derzeitige Flüchtlingssituation zu bedenken, dass niemand die derzeitigen Wanderungsbewegungen vorhergesehen hat bzw. vorhersehen konnte. Insoweit hat sich gerade das Problem der psychotherapeutischen Unterversorgung hier potenziert.

Das für Gesundheit und Frauen zuständige MGEPA berät und unterstützt das für die Erstaufnahmeeinrichtungen zuständige Ministerium

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.mgepa.nrw.de

Telefon +49 211 8618-4300
Telefax +49 211 8618-4550
barbara.steffens@mgepa.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 704, 709
und 719 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

für Inneres und Kommunales. So hat das MGEPA in einem ersten Schritt Fördermodule für traumatisierte Flüchtlingsfrauen entwickelt. Dies sind Angebote zur niedrigschwelligen Betreuung, für therapeutische Akuthilfe und zur Schulung von haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Tätige. Das St. Alexius-/St. Josef-Krankenhaus in Neuss steht Flüchtlingsfrauen mit seiner Traumaambulanz für therapeutische Akuthilfe in Form von bis zu zehn Gesprächen mit Sprachmittlung zur Verfügung.

Da die Folgen einer Traumatisierung gerade bei Flüchtlingen oft noch nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes sichtbar werden, sondern sich erst nach einiger Zeit zeigen, wenn die Menschen bereits in den Kommunen angekommen sind, müssen die dort zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt werden. Vorrangig sind dies die psychiatrischen Kliniken und die dort angesiedelten Institutsambulanzen mit ihren jeweiligen Sicherstellungsaufträgen. Wir wissen allerdings, dass diese schon jetzt hoch ausgelastet und bei der Inanspruchnahme der niedergelassenen Fachärzte- und Psychotherapeutenschaft lange Wartezeiten zu verzeichnen sind.

Ein großes Problem ist auch, dass das Gesundheitssystem bundesweit nicht über die erforderliche Zahl an muttersprachlichen und zur "Therapie zu dritt" qualifizierten ambulanten Therapeutinnen und Therapeuten verfügt. Dies wurde schon vor den jüngsten Flüchtlingsströmen beispielsweise im Bereich des türkisch muttersprachlichen Versorgungsbedarfs deutlich. Separate Zulassungen für Therapeutensitze aufgrund bestimmter Sprachkompetenzen wurden von Bundesseite bisher immer abgelehnt. Entsprechendes gilt für den Bereich der stationären Versorgung hoch traumatisierter Flüchtlinge. Auch hier kann nur mit muttersprachlicher Versorgung geholfen werden. Eine Sprachmittlung wird aber durch unser Entgeltsystem im Krankenhauswesen nicht abgedeckt, was bundesseitig dringend in Angriff genommen werden muss.

Hierzu hat sich die Gesundheitsministerkonferenz 2015 dafür ausgesprochen, ein Modellprojekt durchzuführen, in dem die Stellung und Finanzierung von Dolmetscherleistungen für die psychotherapeutische Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen aus Bundesmitteln erprobt und evaluiert werden soll. Die Bundespsychotherapeuten-

26/10/2015 15:58 Rhein-Kreis Neuss Landratsbüro (FAX)02181601240 P.002/003

kammer und die Bundesärztekammer haben hierzu ein erstes Konzept erarbeitet.

Einige spezielle Angebote für traumatisierte Flüchtlinge gibt es in NRW. Sie werden vom Innenressort in zehn psychosozialen Zentren finanziert. Das für Ihren Landkreis erreichbare Angebot ist das Psychosoziale Zentrum in Düsseldorf.

Darüber hinaus sind wir dabei, Unterstützungsangebote im Umgang mit traumatisierten Kindern für Erzieherinnen und Erzieher und Lehrkräfte zu bündeln. Zudem wollen wir Gruppenangebote für diese Kinder zur Stärkung und Stabilisierung entwickeln lassen.

Ich weiß, dass diese Aktivitäten nur erste Schritte sein können. Wir brauchen ein grundlegendes Umdenken aller Beteiligten in der Gesundheitsversorgung und „flüchtlingsorientierte" Anpassungen des Versorgungssystems. In Kürze werde ich daher alle Akteurinnen und Akteure zum Thema „Versorgung traumatisierter Flüchtlinge" einladen. Selbstverständlich gehören die kommunalen Spitzenverbände dazu. Ziel wird es sein, in einem gemeinsamen Diskussionsprozess Lösungsstrategien zu entwickeln. Ein zentrales Handlungsfeld wird die Verbesserung der Versorgung mit psychotherapeutischen Angeboten sein.

Ich hoffe, dass wir schnell zu Vorschlägen kommen, die die akuten Versorgungsengpässe mindern, aber auch mittel- und langfristige Wege zu einer Sicherstellung aufzeigen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Erfahrungen aus Ihrem Landkreis in den Prozess einfließen und Sie sich aktiv an der Problemlösung beteiligen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Steffens

26/10/2015 15:58 Rhein-Kreis Neuss Landratsbüro (FAX)02181601240 P.003/003